



Newsletter von Dr. Peter Liese für Südwestfalen

18. Oktober 2024

Schutzstatus für Wolf wird abgesenkt

Endlich wird die Bundesregierung vernünftig. Entscheidung war überfällig. Weidetierhalter leiden extrem.

„Ich bin sehr froh über diese Entscheidung. Die Menschen machen sich Sorgen wegen der zunehmenden Verbreitung des Wolfes. Er ist lange keine bedrohte Art mehr, sondern bedroht insbesondere Weidetiere. Weidetierhaltung ist eine naturnahe Form der Landwirtschaft, und sie wird durch den Wolf mehr und mehr zurückgedrängt. Deswegen ist es gut, dass jetzt endlich gehandelt wird“, so kommentierte Peter Liese, den Beschluss der EU-Mitgliedstaaten zur Abstufung des Schutzstatus beim Wolf. In den vergangenen Jahren ist das Wolfsproblem immer größer geworden. Nutztierrisse durch Wölfe werden immer häufiger – mit einem traurigen Höhepunkt im Jahr 2022 mit 4.366 gerissenen Tieren. So konnten im Rahmen des Wolfsmonitorings des Landesamtes



In dieser Ausgabe

- Bezahlbare Elektromobilität
 - Entwaldungsverordnung gut gemeint, aber sehr schlecht gemacht
 - Ampel-Koalition gegen Corona-Aufarbeitung
 - Empfehlung zu rauchfreier Umgebung
 - Ursula von der Leyen stellt starkes Team vor
 - Friedrich Merz ist der richtige
 - Resolution zu Überschwemmungen
 - Verbot für bestimmte Untergruppe von PFAS
 - Verordnungsentwurf für Immunisierung gegen RS-Virus
 - Mpox-Fall außerhalb Afrikas
 - Viel EU in unserer Heimat
 - Einladung: Raus aus der Wirtschafts- und Klimakrise mit moderner Technik
- und vieles mehr**

Raus aus der Wirtschafts- und Klimakrise mit moderner Technik - Wasserstoff als Schlüssel

Dr. Tim Oehel
Leiter der Abteilung Örtlicher Staat
bei DRG Hiltnerbach/Quasendorf

Jorgo Chatzimarkakis
Geschäftsführer von Wasserstoff
Kampfbündnis

Einladung
zur Diskussion
vor Ort oder digital
am 30.10.2024
ab 18:30 Uhr im
Infozentrum Kump
Hallenberg



für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW bei Warstein, Arnsberg und Möhnesee mehrfach ein weiblicher Wolf nachgewiesen werden. Ebenso wurden in Herscheid Mindestens fünf Wölfe identifiziert.

Wolfnachweise in NRW unter <https://wolf.nrw/wolf/de/nachweise>.



Schutzmaßnahmen können ein wenig helfen, aber sie bieten gerade in unserer gebirgigen Landschaft im Sauerland keinen absoluten Schutz. Darüber hinaus wird den Weidetierhaltern nur das Material bezahlt, nicht die viele Arbeit, die auch mit dem Aufstellen von Zäunen verbunden ist. Deswegen beschließen immer mehr Weidetierhalter, ihre Tiere nicht mehr auf die Weide zu lassen.

Europäische Kommission mit der Ursula

Das Europäische Parlament hatte dies schon in 2022 gefordert. Ende letzten Jahres hatte die von der Leyen einen entsprechenden Vorschlag gemacht.

„Dass die Entscheidung so lange gedauert hat, liegt einzig und allein an Bundesumweltministerin Steffi Lemke. Viele Mitgliedstaaten waren bereits seit Monaten bereit, dem Beschluss zuzustimmen. Deutschland und insbesondere das Umweltministerium haben lange blockiert“, betonte Liese.



In vielen Gesprächen mit Landwirten hat sich Peter Liese immer wieder ein Bild von der teilweise dramatischen Situation in der Weidetierhaltung gemacht.

Zum Hintergrund: Am 20.12.2023 hat die EU-Kommission endlich einen Vorschlag vorgelegt, den Schutzstatus des Wolfs in der Berner Konvention von „streng geschützt“ auf „geschützt“ abzusenken. Peter Liese und seine Fraktionskollegen hatten sich massiv für diesen Vorschlag eingesetzt. Diesem Vorschlag mussten jetzt noch die EU-Mitgliedsstaaten zustimmen. Die Anpassung des Schutzstatus ist notwendig, um ein vernünftiges und ausgewogenes Management der Wolfspopulation zu ermöglichen. Mit einer Zahl von schätzungsweise rund 3.000 Tieren im Bundesgebiet hat Deutschland eine sehr hohe Wolfsdichte– mit entsprechend massiven Auswirkungen für Landwirtschaft und Weidetierhalter.



Bezahlbare Elektromobilität für die hart arbeitenden Menschen

„Individuelle Mobilität in Deutschland wird mehr und mehr zur sozialen Frage. Der Umstieg auf Elektromobilität und die CO₂-Bepreisung bringen eine zusätzliche Dynamik in diese Entwicklung. Als Christdemokraten wollen wir nicht eine Auswahl treffen zwischen Klimaschutz und Mobilität, sondern wir wollen sicherstellen, dass wir für alle Einkommensklassen beides verbinden können“ erläuterte Peter Liese.

Es fehle aber neben der nötigen Ladeinfrastruktur, bezahlbaren Strompreisen und vielem anderen vor allem an erschwinglichen Möglichkeiten der Elektromobilität. Neue Elektroautos, insbesondere von deutschen Herstellern, seien sehr teuer und es gebe eine (zumindest zum Teil) berechtigte Kaufzurückhaltung, weil nicht klar sei, wie lange Elektroautos tatsächlich nutzbar sind, zum Beispiel wegen der nachlassenden Batterieleistung. Diese und andere Gründe führe dazu, dass die deutsche Autoindustrie sich schwertut, die notwendige Umstellung auf die Elektromobilität schnell voranzutreiben.



„Die Förderpolitik der Bundesregierung ist ein totales Chaos. Anfang des Jahres wurde über Nacht die Förderung eingestellt, was zu großer Verunsicherung geführt hat. Die kürzlich beschlossenen, verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für Elektroautos als Dienstwagen greifen in mehrerlei Hinsicht zu kurz. Zum Ersten werden die meisten Dienstwagen nicht gekauft, sondern geleast. Zum Zweiten reicht breiten Teilen der Bevölkerung diese Förderung nicht. Insbesondere profitieren diejenigen wenig von den Abschreibungsmöglichkeiten, die hart arbeiten, aber weil sie ein geringes Einkommen haben, wenig Steuern zahlen. Das Handelsblatt beschrieb den Effekt dieser Maßnahme wie folgt: Der Angestellte zahlt den Elektro-SUV seines Chefs. Hier muss die Förderung vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Es braucht eine gezielte Förderung von Leasingangeboten. Dadurch kann die Kaufzurückhaltung überwunden werden und das Risiko für den Leasingnehmer ist begrenzt. In anderen europäischen Ländern, wie etwa Frankreich, wurde unter dem Stichwort „Social Leasing“ relativ erfolgreich ein Programm für einkommensschwache Familien aufgelegt. Das französische Programm ist aber unzureichend, da nur 25.000 Leasingverträge gefördert wurden und dass vor allen Dingen die hart arbeitenden Menschen, die zwar keine sozialen Transferleistungen erhalten, aber trotzdem keine großen finanziellen Spielräume haben, nicht erreicht, da die Einkommensgrenze bei 15.400€ Jahreseinkommen liegt.



Daher schlagen wir vor, das Modell in angepasster Form in Deutschland einzuführen. Der Staat sollte statt Abschreibungen und direkter Förderung oder zumindest als Ergänzung Leasingverträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Rentner unterstützen. Falls es wegen der finanziell knappen Ressourcen erforderlich ist, könnten in einem ersten Schritt zunächst Menschen unterstützt werden, die ihr Auto für den Weg zur Arbeit brauchen.

Es ist möglich, die Förderung nach Angaben von Experten so zu gestalten, dass chinesische Hersteller nicht profitieren. Dies wurde auch beim französischen Modell so gemacht und von der Europäischen Kommission genehmigt. Die soziale Komponente kann vorzugsweise durch einen Einkommensnachweis erreicht werden, z.B. nur für Personen mit einem Jahreseinkommen unterhalb des aktuellen Medianlohns von 43.750 Euro“, so der Europaabgeordnete.

Im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Emissionshandelsrichtlinie wird in ganz Europa ab 2027 ein Emissionshandelssystem für Straßenverkehr und Wärme eingeführt. Die Mitgliedstaaten sind dabei verpflichtet, nicht nur im Rahmen des Europäischen Klimasozialfonds, sondern auch im Rahmen der nationalen Einnahmen, Gelder zielgerichtet auszugeben (Subventionen von Chipfabriken sind nach unserer Auffassung dann nicht mehr möglich). Bei der gezielten Ausgabe der Mittel müssen soziale Aspekte berücksichtigt werden. Es ist sinnvoll, diese Vorgabe nicht erst 2027, sondern zeitnah zu erfüllen. Leasingangebote für Menschen mit durchschnittlichem oder unterdurchschnittlichem Einkommen können hier ein wichtiger Beitrag sein.

Zur haushaltsneutralen Finanzierung kommen Umschichtungen und Abschaffung von Programmen, die nicht zielgerichtet für die Transformation wirken, infrage. Eine weitere Alternative ist ein Frontloading der Einnahmen aus dem ETS 2 nicht nur aus dem Europäischen Klimasozialfonds, sondern auch den nationalen Einnahmen des ETS 2. In Brüssel wird derzeit über die Idee nachgedacht, die im Jahr 2027 zu erwartenden Einnahmen schon im Jahr 2026 für gezielte Projekte auszuschütten. Der Mechanismus könnte über die Europäische Investitionsbank dargestellt werden.



Jetzt wurde ein gemeinsames Konzept für umweltfreundliche Mobilität für die hart arbeitende Mitte von Dennis Radtke und Peter Liese im bekannten Politik-Podcast „Lage der Nation“ besprochen. Ab Minute 1:36:45 gibt Peter Liese spannende Einblicke. [Hören Sie gerne mal rein!](#)

© 2024 Spotify AB

EU-Kommission schlägt Verschiebung der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten um ein Jahr vor

Erleichterung für unsere heimischen Waldbauern und lokalen Kaffeeröster in Südwestfalen

Die Europäische Kommission hat jetzt vorgeschlagen, die umstrittene Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten um ein Jahr zu verschieben. Die Verordnung war nicht nur bei Waldbesitzern und Landwirten, sondern auch bei vielen Wirtschaftsteilnehmern aus unserer Region auf massive Kritik gestoßen, da die notwendigen Voraussetzungen für eine unbürokratische Umsetzung nicht gegeben sind. In vielen Gesprächen hatte sich Peter Liese mit betroffenen Waldbauern und Unternehmen aus der Region wie z.B. heimischen Kaffeeröstern intensiv zu den Problemen austauscht, die durch eine überhastete Einführung zu technisch anspruchsvollen Anforderungen entstanden sind.



Ein Inkrafttreten zum 30.12.2024 hätte Chaos verursacht

Schon im März hatte sich Peter Liese daher mit seinen Kollegen an die EU-Kommission gewandt und eine Verschiebung des Geltungsbeginns gefordert. In zahlreichen Gesprächen mit Ursula von der Leyen und ihrem Team hatte Liese auf die Probleme in der Region und darüber hinaus hingewiesen. Diese Bemühungen hatten nun Erfolg, darüber freut sich der heimische Abgeordnete: „Ich begrüße den Vorschlag sehr. Ein Inkrafttreten zum 30.12.2024 hätte uns in ein unverantwortliches Chaos gestürzt. Mittelständische Kaffeeröster aus Südwestfalen, die fair-gehandelten Biokaffee importieren, klagten, dass das Instrument nur von großen Konzernen zeitnah umgesetzt werden konnte. Auch unsere heimischen Landwirte und Waldbauern hatten sich im Vorfeld beschwert. Viele Voraussetzungen zur Anwendung sind nicht klar und auch viele Drittstaaten beklagen sich zurecht. Kleinbauern, z.B. in Lateinamerika, brauchen viel mehr Unterstützung und wir müssen eine unbürokratische Umsetzung sicherstellen. All das ist kurzfristig nicht möglich. Natürlich ist Entwaldung ein Riesen Problem. Jede Minute verschwindet Wald im Umfang von elf Fußballfeldern. Das ist unter anderem eine Katastrophe für das Weltklima, aber wir müssen es richtig machen und die Beteiligten besser mitnehmen. Viele Drittstaaten, die grundsätzlich gegen Entwaldung vorgehen wollen, konnten mit dem Instrument bisher nicht umgehen. Mit einem überstürzten Inkrafttreten hätten wir der Sache einen Bärendienst erwiesen. Der heute vorgeschlagenen Gesetzesänderung muss das Parlament jetzt noch zustimmen, aber ich bin sicher, dass meine Fraktion und das gesamte Parlament ihn kurzfristig annehmen werden“.



Zum Hintergrund: Die EU hat im Frühjahr 2023 neue Vorschriften zur Eindämmung der weltweiten Entwaldung verabschiedet. In der Verordnung werden ab 30. Dezember 2024 verbindliche Sorgfaltspflichten für alle Marktteilnehmer und Händler festgelegt, die folgende Rohstoffe in der EU in Verkehr bringen, auf dem EU-Markt bereitstellen oder aus der EU ausführen: Palmöl, Rinder, Holz, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Soja. Die Vorschriften gelten auch für eine Reihe von Folgeerzeugnissen wie Schokolade, Möbel, Druckpapier und ausgewählte Derivate auf Palmölbasis (z. B. als Bestandteile von Körperpflegeprodukten). Die Marktteilnehmer müssen die Herkunft der Waren dabei bis auf das Grundstück zurückverfolgen. In der EU dürfen dann nur noch Produkte verkauft werden, die seit 2020 nicht von Entwaldung oder Waldschädigung betroffen waren. Bei der Implementierung des Gesetzes treten zahlreiche Probleme auf hinsichtlich des knappen Zeitrahmens für die Umsetzung, die zu hohen und detaillierten technischen Anforderungen und einer Verstimmung der Länder außerhalb der EU, die diese Produkte in die EU verkaufen. Die Europäischen Christdemokraten haben auf diese Probleme schon während der Verhandlungen hingewiesen. Eine EU Ampel-Mehrheit hat diese Regeln dennoch durchgebracht.

Schätzungen zufolge sind zwischen 1990 und 2020 420 Millionen Hektar Wald (eine Fläche größer als die EU) durch Entwaldung verloren gegangen. Der EU-Verbrauch macht etwa 10 % der weltweiten Entwaldung aus. Palmöl und Soja sind für mehr als zwei Drittel davon verantwortlich.

Ampel-Koalition wird keine Corona-Aufarbeitung durchführen

Das ist nicht nur peinlich, sondern unverantwortlich

„Das ist nicht nur peinlich für die Ampel, sondern unverantwortlich gegenüber allen, die Angehörige durch Corona verloren haben oder heute noch an Long-Covid leiden, und auch gegenüber den jungen Menschen, die nach allgemeiner Einschätzung unter unverhältnismäßig hohen Einschränkungen gelitten haben“, erklärte Dr. med. Peter Liese, anlässlich der Entscheidung der Ampelkoalition, keine systematische Corona-Aufarbeitung durchzuführen.

Europäisches Parlament hatte schon 2022/2023 einen Sonderausschuss

„Die ganze Peinlichkeit wird deutlich, wenn man sieht, dass das Europäische Parlament bereits Anfang 2022 einen Sonderausschuss zur Aufarbeitung der Pandemie eingesetzt hat und im Dezember 2023 einen umfangreichen Abschlussbericht vorgelegt hat. Wir haben uns in dutzenden Sitzungen mit Experten und Betroffenen auseinandergesetzt und klare Empfehlungen gegeben. Ich bedaure, dass diese Empfehlungen in der deutschen Debatte größtenteils keine Rolle spielen. Für uns im Europäischen Parlament ist klar: In der Abwägung, wie man die Verbreitung des Virus am besten aufhält, hat man in den meisten europäischen Ländern zu stark auf Schulschließungen gesetzt. In Deutschland war das





besonders schlimm. Während die Schulen geschlossen waren, gab es keinerlei verpflichtende Regelungen zum Homeoffice, und Privatfeiern in privaten Räumen waren noch überall erlaubt und entwickelten sich regelmäßig zu Superspreading-Ereignissen. Hier hat man den Erwachsenen zu viel erlaubt und die Bildung der jungen Menschen unverhältnismäßig eingeschränkt. Andere Länder wie etwa [Irland](#) haben es besser gemacht“, so Liese.

Junge Menschen haben zu stark gelitten

„Es ist gut, dass die unverhältnismäßige Belastung von jungen Menschen allgemein anerkannt wird. Sehr traurig ist jedoch, dass das Leid der vielen Menschen, die heute noch unter Long-Covid leiden, und der Angehörigen, die einen lieben Menschen durch Covid verloren haben, in der Debatte untergeht. Es gab nicht nur zu strenge Maßnahmen, sondern es gab auch in vielen Bereichen nicht genügend Maßnahmen. Wir haben zu wenig Menschenleben gerettet“, betonte der Arzt und Europaabgeordnete.

Wissenschaft und Medizin spielten eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Pandemie

„Für das Europäische Parlament haben Wissenschaft und moderne Medizin eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Pandemie gespielt und müssen auch bei der Vorbereitung auf zukünftige Pandemien im Mittelpunkt stehen. Für mich ist es nach wie vor eine große Erfolgsstory, dass in Deutschland mit Unterstützung der Europäischen Union bereits im Januar 2020 mit der Entwicklung eines Impfstoffs begonnen wurde und dieser bereits im gleichen Jahr zugelassen wurde. Wir müssen Impfgegnern und Verschwörungstheoretikern viel energischer entgegentreten. Andernfalls fürchte ich, dass Professor Christian Drosten von der Charité recht hat, wenn er sagt, dass Deutschland auf eine eventuell anstehende neue Pandemie schlechter vorbereitet ist als auf Corona. Für die EU gilt dies nicht. In vielen anderen Ländern haben Impfgegner und Verschwörungstheoretiker nicht eine so starke Unterstützung wie in Deutschland. Und die Europäische Union hat nicht nur die Corona-Pandemie aufgearbeitet, sondern auch neue Strukturen geschaffen“, betonte Liese.



Empfehlung zu rauchfreier Umgebung

Aufhören zu rauchen ist das Beste, was man für seine Gesundheit tun kann. Vorschläge gehen aber insbesondere was E-Zigaretten angeht, zu weit.

Die Europäische Kommission hat einen Entwurf für Ratsschlussfolgerungen zu rauch- und aerosolfreien Umgebungen vorgelegt. Ziel ist, dass der Ministerrat die Empfehlungen in den nächsten Monaten annimmt und die Mitgliedstaaten sie dann umsetzen. Es geht darum, dass in allen öffentlichen Gebäuden, aber auch an bestimmten Plätzen im Freien, z.B. an Kinderspielplätzen, das Rauchen nicht mehr erlaubt sein soll.

„Es ist wichtig, dass wir auf allen Ebenen Maßnahmen beschließen, die die Menschen vor Tabakrauch schützen. Rauchen ist vor allen Dingen für die Raucher gefährlich. Man kann nichts Besseres für seine Gesundheit tun, als mit dem Rauchen aufzuhören. Alle anderen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz wie Bewegung und gesunde Ernährung sind zwar auch wichtig, aber ein Rauchstopp bringt mit Abstand das meiste. Auch andere Menschen, insbesondere Kinder, vor Tabak auch zu schützen, ist extrem sinnvoll“, so Peter Liese.



European Union, 2023

Kritisch sieht der Mediziner allerdings, dass in dem Vorschlag der Kommission E-Zigaretten absolut gleichgestellt werden: „E-Zigaretten sind dann problematisch, wenn Menschen, insbesondere Kinder oder Jugendliche, zum Nikotinkonsum verführt werden. Für schwere Raucher, die ansonsten nicht aufhören können, ist die E-Zigarette allerdings ein wichtiges Element, den Schaden und die Gefahren zu reduzieren. E-Zigaretten enthalten zwar Nikotin, was abhängig macht, aber alle anderen Stoffe im Zigarettenrauch, die eben die Schäden wie Krebs und Schlaganfall verursachen, sind in der E-Zigarette nicht enthalten. Und selbst wenn noch nicht alle Gefahren erforscht sind, sagen selbst Experten von der Weltgesundheitsorganisation, dass es auch kein theoretisches Szenario gibt, dass E-Zigaretten genauso schädlich sind. Deswegen halte ich es nicht für zielführend, dass sie in dem Vorschlag für die Ratsempfehlung dem Tabakrauch gleichgestellt werden. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten hier nachbessern.“



Ursula von der Leyen stellt starkes Team vor

Kluge Neuausrichtung der Klima- und Umweltpolitik, Beibehaltung der Ziele und mehr Rücksicht auf Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft

Europäische Kommission

Ursula von der Leyen
Präsidentin

Teresa Ribera Rodríguez
Exekutiv-Vizepräsidentin
Saubere, Fairer und Wettbewerbsfähiger Übergang

Maroš Šefčovič
Kommissar
Handel und Wirtschaftliche Sicherheit
Interinstitutionelle Beziehungen und Transparenz

Valdis Dombrovskis
Kommissar
Wirtschaft und Produktivität
Implementation und Vereinfachung

Dubravka Šuica
Kommissarin
Mittelmeerraum

Henna Virkkunen
Exekutiv-Vizepräsidentin
Sicherheit, Demokratie und technologische Souveränität

Olivér Várhelyi
Kommissar
Gesundheit und Tierwohl

Wopke Hoekstra
Kommissar
Klima, Netto-Null-Emissionen und Sauberes Wachstum

Andrius Kubilius
Kommissar
Verteidigung und Weltraum

Marta Kos*
Kommissarin
Erweiterung

Stéphane Séjourné
Exekutiv-Vizepräsident
Wohlfahrt und Industrie-Strategie

Jozef Sikela
Kommissar
Internationale Partnerschaften

Costas Kadić
Kommissar
Fischerei und Ozeane

Maria Luís Albuquerque
Kommissarin
Finanzdienstleistungen, Spar- und Investitionsunion

Hadja Lahbib
Kommissarin
Vorsorge und Krisenmanagement
Gleichberechtigung

Kaja Kallas
Hohe Repräsentantin/Vizepräsidentin
Außen- und Sicherheitspolitik

Magnus Brunner
Kommissar
Inneres und Migration

Jessika Roswall
Kommissarin
Umwelt, Wassersicherheit und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft

Piotr Serafin
Kommissar
Haushalt, Betrugsbekämpfung und Öffentliche Verwaltung

Dan Jørgensen
Kommissar
Energie und Wohnungswesen

Roxana Minzatu
Exekutiv-Vizepräsidentin
Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge

Ekaterina Zaharieva
Kommissarin
Start-Ups, Forschung und Innovation

Michael McGrath
Kommissar
Demokratie, Justiz und Rechtstaatlichkeit

Apostolos Tzitzikostas
Kommissar
Nachhaltiger Transport und Tourismus

Christophe Hansen
Kommissar
Landwirtschaft und Nahrungsmittel

Glenn Micallef
Kommissar
Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport

©Europäische Kommission
Vizepräsident
Kohäsion und Reformen

Formelle Ernennung ausstehend. Nationale Verfahren laufen.

Peter Liese, begrüßte die Auswahl der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für die Dossiers Klima und Umwelt. Klimakommissar bleibt der Niederländer Wopke Hoekstra. „Wopke Hoekstra hat sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger Frans Timmermans sehr stark um die internationale Klimapolitik gekümmert und sich in wenigen Wochen schon bei der Klimakonferenz in Dubai an einem großen Durchbruch beteiligt. Wir können den Klimawandel nicht alleine stoppen, sondern müssen viel stärker die weltweiten Emissionen in den Blick nehmen. Dafür ist Wopke Hoekstra der richtige Mann. Jessika Roswall, die bisherige schwedische Europaministerin, soll Umweltkommissarin werden. Dies halte ich für eine gute Wahl. Wir brauchen in der Umweltpolitik eine pragmatischere Herangehensweise, vor allen Dingen weniger Bürokratie und bei Zielkonflikten, z.B. zwischen Chemikalienverboten und Klimaschutz, muss zugunsten des Klimaschutzes entschieden werden.“



Eigener Kommissar für Entbürokratisierung

Besonders wichtig ist nach Lieses Ansicht, dass es mit Valdis Dombrovskis einen eigenen Kommissar für Entbürokratisierung (engl. „Implementation and Simplification“) gibt: „Es gibt fast nicht, worüber sich die Menschen mehr aufregen als über die Bürokratie. Hier müssen wir dringend Erfolge erzielen.“

Sehr kritisch sieht Liese den Vorschlag, den ungarischen Bewerber Olivér Várhelyi als Kommissar für Gesundheit und Tierschutz zu installieren: „Várhelyi hat nicht nur den Makel, dass er von Viktor Orbán vorgeschlagen wurde, er hat sich als strittiger Kommissar für Erweiterung auch sehr viele Fehler geleistet. Ich kann mir kaum vorstellen, dass er die Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit überstehen wird.“

Friedrich Merz ist der richtige

Wirtschaftskompetenz wichtiger als jemals zuvor, im persönlichen Umgang mit dem Menschen im Wahlkreis sehr nahbar und unterstützt Klimapolitik mit Marktwirtschaft

„Friedrich Merz ist der richtige. Gerade in der jetzigen Phase braucht Deutschland einen Bundeskanzler, der sich mit Wirtschaft auskennt. Friedrich Merz ist hier kompetent wie kein anderer“, mit diesen Worten kommentierte Peter Liese die Entscheidung von CDU und CSU für Friedrich Merz als Kanzler-Kandidat. „Ich kenne Friedrich Merz, seit er 1989 fürs Europäische Parlament kandidiert hat, also seit über 35 Jahren. Ich schätze seine Geradlinigkeit und im Gegensatz zu vielen anderen in der Politik weiß man bei Friedrich immer genau, wo er steht. Im Umgang mit den Menschen im Wahlkreis ist er sehr nahbar und anders als viele Medien ihn darstellen. Er steht auch ganz klar für Klimaschutz. Im Zusammenhang mit dem größten Klimaschutzgesetz aller Zeiten, dem EU-Emissionshandel, den ich für das Europäische Parlament federführend betreuen durfte, sagte er: <Die Europäische Union begibt sich auf einen marktwirtschaftlichen Kurs zur Lösung des größten Problems, das wir wahrscheinlich in unserer Zeit jenseits von Krieg und Krisen zu lösen haben>¹.



Anders als die Ampel setzt er dabei allerdings auf marktwirtschaftliche Instrumente, die Klimaschutz belohnen und nicht auf Verbote wie zum Beispiel das Heizungsgesetz“, betonte Liese.

¹ Quelle: <https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2023-04/58816371-von-der-leyen-von-eu-klimapolitik-sollen-alle-profitieren-015.htm>



EU-Parlament nimmt Resolution zu Überschwemmungen an

Solidarität, schnelle und unbürokratische Hilfe, Anpassung an den Klimawandel und globaler Klimaschutz entscheidend

Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit eine Entschließung zu den dramatischen Überschwemmungen in Mitteleuropa angenommen. Die Abgeordneten sprachen mit großer Mehrheit nicht nur ihre Solidarität gegenüber den Flutopfern aus, sie forderten vor allen Dingen schnelle materielle und finanzielle Hilfe. Dazu erklären:

„Die Europäische Union verfügt über eine Reihe von Instrumenten, um in solchen Katastrophen zu helfen, aber wir können und müssen noch schneller werden. Für die unmittelbare Unterstützung gibt es das System RescEU, das Hilfseinsätze aus anderen europäischen Ländern unterstützt. So haben z.B. bei dem Großfeuer im Harz vor einigen Tagen europäische Einheiten geholfen, das Feuer schnell unter Kontrolle zu bringen. Leider hat die Bundesregierung RescEU weder bei der großen Flutkatastrophe 2021 noch bei der Flut in Süddeutschland im Mai/Juni diesen Jahres aktiviert. Es war schon absurd, dass österreichische Hilfskräfte 2021 in Belgien geholfen haben, aber im Ahrtal nicht, weil die Bundesregierung dies nicht für nötig hielt. Wir appellieren an die deutschen Behörden, dieses Instrument unbedingt stärker zu nutzen.



Niemand kann leugnen, dass Extremwetterereignisse in den letzten Jahren zugenommen haben und es ist leider eingetroffen, was Klimaforscher schon vor Jahrzehnten vorausgesagt haben. Deswegen muss auch die jetzige Überschwemmungskatastrophe alle daran erinnern, wie wichtig Klimaschutz ist. Wir dürfen die Debatte jedoch nicht auf die EU oder gar Deutschland verengen. Während wir extrem ehrgeizige Klimaziele haben, hinken andere Länder, nicht nur China, sondern auch viele Industriestaaten wie Australien und Japan, unserem Ambitionsniveau und der praktischen Umsetzung hinterher. Deswegen müssen unsere Anstrengungen in Zukunft stärker auf globalen Klimaschutz ausgerichtet sein und wir müssen die Klimapolitik stärker so gestalten, dass wir tatsächlich Vorbild für andere sind. Das heißt, dass die Wirtschaft, insbesondere Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft, aber vor allem auch die Menschen besser mitgenommen werden. Darüber hinaus müssen wir leider die Anpassung an den Klimawandel vorantreiben, da selbst bei extrem engagierter und erfolgreicher Klimapolitik leider mit weiteren Katastrophen in den nächsten Jahren gerechnet werden muss. Mitgliedstaaten haben auch eine Eigenverantwortung. Wir unterstützen auch



die Forderung unseres sächsischen Kollegen Oliver Schenk, dass es in Zukunft eine Pflichtversicherung gegen solche Schäden geben muss“, so Liese.

Auch über den Europäischen Solidaritätsfonds kann die EU finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau leisten. In seiner gegenwärtigen Form, ist der Solidaritätsfonds aber eher schwach ausgestattet und die Hilfe kommt erst nach vielen Monaten. Im Falle der Flut von 2020/2021 war es sogar so, dass die Zahlungen der EU von Finanzminister Lindner komplett zur Refinanzierung bereits geleisteter Bundeshilfen genutzt wurden. In früheren Zeiten, z.B. bei der Sturmkatastrophe Kyrill hatte die damals CDU/CSU-geführte Bundesregierung den betroffenen Kommunen Hilfe zum Wiederaufbau zugeleitet. Hiervon konnten auch viele Kommunen in Südwestfalen profitieren. „Die EVP-Fraktion hat einen Antrag durchgesetzt, der eine Reform der Hilfen fordert“, betonte Liese.

Neben den Soforthilfen und dem Solidaritätsfonds hat die EU über ihre Strukturfonds erheblich in den Hochwasserschutz in Deutschland investiert z.B. in Flutpolder, Deiche oder Sanierung von Flussrinnen. „Die EU hilft also vor, während und nach einem Hochwasser. Damit die Hilfen noch besser wirken, muss es dennoch schneller gehen“, so der EU-Abgeordnete.





Sogenannte Ewigkeitschemikalien: Kommission beschließt Verbot für bestimmte Untergruppe

Gefährliche PFAS dort, wo sie ersetzbar sind und in die Umwelt geraten, verbieten aber kein generelles Verbot

Die Europäische Kommission hat bekannt gegeben, dass sie die Anwendungen einer bestimmten Untergruppe der PFAS, nämlich Undecafluorhexansäure (PFHxA), ab Oktober einschränken wird. Bei PFAS handelt es sich um eine riesige Stoffgruppe, von der einige Untergruppen für Mensch und Umwelt gefährlich sind. Sie werden nicht nur in Regenwesten, Imprägniersprays oder Pizza-Boxen verwendet, sondern auch in sehr wichtigen Anwendungen für die Energiewende wie z.B. für die Herstellung von Wasserstoff und Windenergie, aber zur Herstellung von Impfstoffen und in der Medizintechnik. Die Kommission hat nun ein Teilverbot für eine Untergruppe beschlossen. Dieses Verfahren ist unabhängig von dem Vorschlag der Bundesumweltministerin Steffi Lemke, die mit vier weiteren Mitgliedstaaten ein Totalverbot vorgeschlagen hat.



„Das Vorgehen der Europäischen Kommission vernünftig. Man muss sich die einzelnen Untergruppen anschauen und genau hinsehen, wo PFAS ersetzbar ist und wo nicht. Außerdem muss man auch schauen, wo überhaupt die Gefahr besteht, dass sich diese Stoffe im großen Stil in Mensch und Umwelt verbreiten. Dies ist bei Regenwesten, Pizza-Boxen, Imprägniersprays, Löschschaum und Hautpflegeprodukten selbstverständlich der Fall. Deswegen halte ich den jetzigen Schritt für richtig. Ein Totalverbot, wie es von Frau Lemke und anderen gefordert wird, darf es jedoch auf keinen Fall geben. In vielen Anwendungsbereichen gelangt PFAS nicht in die Umwelt. Viele Untergruppen sind weniger schädlich als PFHxA und vor allen Dingen würde ein Totalverbot die Energiewende ausbremsen und wegen der Notwendigkeit in der Medizin sogar Menschenleben gefährden“, erklärte Dr. med. Peter Liese.

Zum Hintergrund: PFAS sind eine Gruppe von Industriechemikalien, die riesige Anzahl von Substanzen umfasst. Es handelt sich um organische Verbindungen, bei denen die Wasserstoffatome vollständig („perfluoriert“) oder teilweise („polyfluoriert“) durch Fluoratome ersetzt sind. Aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften werden sie seit langer Zeit in vielen Industriebereichen, in der Medizin, der Umwelttechnik und auch im Haushalt weit verbreitet eingesetzt. Einige PFAS stehen im Verdacht, krebserregend zu sein. Da sie oder ihre Abbauprodukte in der Umwelt sehr beständig sind, werden sie auch Ewigkeitschemikalien genannt. Vor einigen Jahren hat im Kreis Soest und im Hochsauerlandkreis der so genannte PFT-Skandal für große Aufregung gesorgt. Durch eine missbräuchliche Ausbringung von schädlichem Material auf einem Acker in Brilon-Scharfenberg waren Ruhr und Möhne stark mit dieser Chemikalie belastet. In Arnsberg wurde Eltern empfohlen, das Trinkwasser nicht mehr an Kinder zu verabreichen, stattdessen abgepacktes Wasser zu nutzen.



Bundesgesundheitsministerium legt Verordnungsentwurf für Immunisierung gegen RS- Virus vor

Vorschlag ist sinnvoll, kommt aber reichlich spät

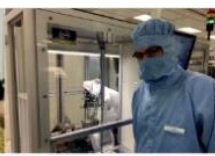
„Der Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums ist richtig, aber ich bedaure, dass der gesamte Prozess so lange dauert. Bereits am 04.11.2022 hat die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) den monoklonalen Antikörper Nirvesimab für Säuglinge zugelassen. Die RS-Virus Saison beginnt in weniger als zwei Monaten, und noch haben Kinderärzte und Kliniken keine endgültige Klarheit“, so kommentierte der gesundheitspolitische Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP-Christdemokraten), Dr. Peter Liese, den Verordnungsentwurf der Bundesregierung, der am Dienstag vorgelegt wurde.

RS-Virus belastet Kinderkliniken deutlich mehr als Corona

Das Bundesgesundheitsministerium hat vorgeschlagen, die Kosten für eine Immunisierung gegen das RS-Virus für alle Neugeborenen unabhängig vom Risikofaktoren zu übernehmen. Dieser Vorschlag folgt einer Empfehlung der Ständigen Impfkommission. „Die Immunisierung kann helfen, um schwere Verläufe und Behandlungen in Kinderkliniken zu vermeiden“, betont der Arzt und Europaabgeordnete. Im Winter 2022/2023 erlebte Lise bei einer Tätigkeit in der Kinderklinik persönlich, wie dramatische Virusinfektionen sein können. Damals litten 50 % der Kinder, die dort auf der Station mitbetreut habe, an diesem Virus. Alle Welt sprach und spricht über Corona, aber RSV ist für die Kinderkliniken ein wesentlich größeres Problem. Es ist eine Belastung für die Kinder, die betroffenen Familien und auch für das Pflegepersonal. Daher wird es höchste Zeit, dass alle Klarheit haben und die Verordnung so schnell wie möglich in Kraft gesetzt wird.



Zum Hintergrund: Die Ständige Impfkommission hat im Juni 2024 die Empfehlung ausgesprochen, dass Säuglinge, die zwischen April und September geboren werden, im Herbst geimpft werden sollen, kurz vor Beginn der RSV-Saison, die üblicherweise im Oktober startet. Für Neugeborene zwischen Oktober und März wird eine schnellstmögliche Impfung nach der Geburt empfohlen, um optimalen Schutz im ersten Winter ihres Lebens zu gewährleisten.



Mpox betrifft überwiegend Afrikas

In allen europäischen Ländern gibt es bisher nur Einzelfälle und EU ist gut vorbereitet.

„Die Europäische Union ist gut auf den Ausbruch der neuen Variante von Mpox (früher ‚Affenpocken‘) vorbereitet“, erklärte Peter Liese angesichts einiger offizieller Mpox-Fälle in Europa.

Impfstoffe für Risikogruppen stehen schon zur Verfügung

„Zwar wird es Einzelfälle in allen europäischen Staaten geben. Trotzdem sollten wir aber alle ruhig bleiben. Es gibt bereits Impfstoffe und die Risikogruppen können kurzfristig geimpft werden. Die Europäischen Institutionen, insbesondere die nach Corona neu geschaffene Einheit der Kommission ‚HERA‘ (European Health Emergency Response Authority; Dt.: Europäische Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen) hat in 2022 mit dem deutsch-dänischen Impfstoffhersteller Bavarian Nordic einen Vertrag über die Lieferung von 2 Millionen Impfdosen abgeschlossen. Darüber hinaus stehen über den Mechanismus RescEU Impfstoffdosen im Wert von ca. 86 Millionen Euro zur Verfügung. Diese werden durch Verträge ergänzt, die die einzelnen Mitgliedstaaten abgeschlossen haben. Neben der Sicherung von Impfstoffen hat die Europäische Union nach Corona auch die Strukturen im Europäischen ‚Gesundheitsamt‘ ECDC und bei der Europäischen Arzneimittelagentur EMA gestärkt“, betonte Liese. Liese bedauerte, dass die Mitgliedstaaten bisher nicht bereit waren, eine europäische Antwort auf Mpox zu geben. Trotzdem gilt: „Insgesamt sind wir meilenweit von einem ‚Corona‘-Szenario entfernt, auch wenn ich die Äußerung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach ‚Keine Panik‘ unglücklich finde, denn Panik ist niemals angesagt. Man muss klar feststellen, dass nach allem, was wir wissen, die Gefahr durch Mpox heute viel geringer ist als die Gefahr durch Covid-19 in den Jahren 2020 und 2021. Statt Panik brauchen wir also Wachsamkeit und gezieltes Handeln“, so Liese.



Hilfe für Afrika humanitäres Gebot und im eigenen Interesse

„In den deutschen und europäischen Lebensverhältnissen und durch unser gutes medizinisches System ist unser Risiko eher gering. Das viel größere Problem besteht in Afrika. Solidarität mit Afrika ist ein absolutes Gebot der Menschlichkeit und es ist auch in unserem eigenen Interesse. Wir können durch gezielte Hilfen in Afrika nicht nur den Ausbruch komplett in den Griff bekommen, sodass sich das Risiko in Deutschland und Europa dann auch auf nahe null reduzieren würde. Es ist insbesondere wichtig, unsere Partnerschaften mit Afrika im Konflikt mit Russland, China und anderen potenziellen Konflikten zu stärken. Deswegen unterstütze ich, dass die Europäische Union über 215.000 Dosen Impfstoff¹ in die betroffenen Länder schickt. Die zur Verfügungstellung von Impfstoffen reicht jedoch keinesfalls aus. Die medizinische Versorgung in Afrika und anderen Entwicklungsländern zu verbessern bleibt eine langfristige Aufgabe“, so der Arzt, der eine Zeit lang in einem Entwicklungsland gearbeitet hat.

¹ 175.420 Impfdosen sind von der Europäischen Union aus dem Programm EU4Health gemeinsam beschafft worden, 40.000 Dosen hat die Herstellerfirma nach Verhandlungen mit der Europäischen Kommission als Spende zur Verfügung gestellt.



Viel EU in unserer Heimat

Gewinner des Europa-Quiz erlebten außergewöhnliche Einblicke und atemberaubende Momente bei einer Tour mit dem Berge-Bus

Beim Europa-Quiz, das Peter Liese anlässlich der Europawahl zu europäischen Themen veranstaltet hat, wurden u.a. eine außergewöhnliche Bustour durch Bestwig und Meschede verlost. Die Gewinner aus ganz Südwestfalen konnten nun eine außergewöhnliche Fahrt mit dem geländegängigen Berge-Bus vom „Himmel bis ins tiefe Erdreich“ erleben.



„Ich freue mich, dass hunderte von Bürgerinnen und Bürger an dem Quiz teilgenommen haben. Das zeigt das Interesse der Menschen in Südwestfalen an der Europapolitik. Durch das Quiz aber auch durch die Tour konnten wir zeigen, dass unsere Region in vielfältiger Weise von der Europäischen Union profitiert. So gibt es neben dem LEADER-Programm auch den Europäischen Regionalfond (EFRE), der zum Beispiel die Regionale 2025 mit mindestens 30 Millionen Euro unterstützt. Die Teilnehmer konnten sich ein Bild über die Verwendung der Mittel aus der letzten Regionale machen.



So konnten Sie zum Beispiel die Himmelstreppe am Hennesee besichtigen, deren Bau die EU unterstützt hat“, erläuterte der wiedergewählte Europaabgeordnete am Beispiel der Regionale-Förderung am Hennesse. Vom Fuß der Himmelstreppe ging es hinauf auf den Henedamm mit seiner Aussichtsplattform und dem wunderschönen Blick über den Hennesee. Nächster Halt war der Lörmecketurm im Arnsberger Wald, mit seiner fantastischen Aussicht über die Region. Auf der Weiterfahrt nach Eversberg konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Sauerländer Wälder abtauchen. In Eversberg führte die Fahrt durch den historischen Stadtkern und rund um die Ruine. Den Abschluss der mit interessanten Informationen über die Region gespickten Tour bildete eine Einfahrt in den Steinbruch Berlar. Der Steinbruch ist für die Öffentlichkeit eigentlich nicht zugänglich, aber durch Ausnahmegenehmigungen durfte der Bus dort passieren.



Besuch beim Waffelstand der Lepra- und Tuberkulosehilfe auf der Kilianskirmes

Dank den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der DAHW

Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Aktionsgruppe Letmathe der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V. (DAHW) haben einen langen Atem. Auch am letzten Tag der Kilianskirmes ging ihnen nicht die Luft aus. Erhielten sie doch prominenten Besuch von Peter Liese. Sichtbare Freude bereitete ihm der Verkauf einiger Luftballons und die Gespräche mit den fleißigen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, für deren Einsatz er sich wertschätzend bedankte und ihnen weiterhin Erfolg, Mut, Kraft und einen langen Atem für das Weitermachen wünschte. Gerne erinnerte er an sein eigenes ehrenamtliches Engagement in der Kolpingjugend. Ein Engagement, das ihn mit der bekannten Lepraärztin Dr. Ruth Pfau und ihre Arbeit in Pakistan in Berührung brachte.

Mit dem Verkauf selbstgepresster Apfelsäfte brachte sich Kolpingjugend in die Aktionen des „Freundeskreis Karachi“ ein, dessen Erlöse seit Gründung des Freundeskreises der Arbeit von Dr. Ruth Pfau zuflossen. Ihre Gründerin Waltraud Schreiner aus Meschede-Freienohl rief alle Spenderinnen und Spender, alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Freundeskreises bei den regelmäßigen Besuchen von Dr. Ruth Pfau in Meschede zu großen Treffen zusammen. Bei einem der Treffen lernte Dr. Peter Liese Ruth Pfau persönlich kennen. Es war und ist bis heute ein gezieltes Engagement, das ihn mit der 2017 verstorbenen Lepraärztin, ihren weiterhin bestehenden und von der DAHW geförderten Projekten in Pakistan und der Ehrenamtsgruppe in Letmathe verbindet. Denn die Aktionsgruppe unterstützt seit Anbeginn die Projektarbeit in Pakistan. Dr. Peter Liese – Mitglied der DAHW – brachte seine besondere Beziehung zu Pakistan und Ruth Pfau nicht zuletzt 2011 zum Ausdruck, als er nach der verheerenden Flutkatastrophe zu einer großen Spendenaktion in seinem Wahlkreis „Südwestfalen hilft Pakistan“ aufrief, die sehr erfolgreich mit einem Spendenerlös von insgesamt 116.000€ abgeschlossen werden konnte.



Dr. Peter Liese und Sabine Schlücking (Leiterin der DAHW-Aktionsgruppe Letmathe) werben für die Luftballonaktion und wünschen Quentin (5 Jahre) viel Glück, dass sein Luftballon am weitesten fliegt.



Zukunftsweisende Wiederaufforstung in NRW

Die Landesregierung fördert im Zuge der Regionale 2025 bei der dringend notwendigen Wiederaufforstung unserer Wälder nicht nur heimische Arten, sondern auch Hölzer, die zwar nicht heimisch sind, aber besser an den Klimawandel angepasst sind. Trotz eines grünen Koalitionspartners ist NRW hier sehr pragmatisch und zukunftsgerichtet. Die Grünen in Brüssel können sich davon eine Scheibe abschneiden – sie insistieren immer noch auf möglichst viele heimische Arten. Über dieses Thema konnte sich Peter Liese in Schmallenberg mit dem Landrat und vielen anderen Kommunalpolitikern aus dem HSK diskutieren. Ein großes Lob gab es dabei vom Leiter des regionalen Forstamtes Oberes Sauerland, Frank Rosenkranz.



Peter Liese zu Gast bei Euronews



„Mit Ursula von der Leyen und Roberta Metsola stellen wir Christdemokraten zwei starke Frauen an der Spitze Europas. Auch in der zweiten Reihe müssen Frauen eine Rolle spielen. Gerade parteipolitische Spielchen, z.B. in Irland, sorgen dafür, dass gute Kommissarinnen gehen müssen“ so Peter Liese bei einer Fernsehdiskussion zum Thema „Europas Zukunft im Blick“ bei [Euronews Deutsch](https://www.euronews.com/deutsch). Außerdem ging es um die Wahlen in Thüringen und Sachsen und die Frage, wie die Sorgen der Menschen ernst genommen und bessere Antworten gefunden werden können. Und die Frage eines Handyverbots in Schulen. Bei der letzten Frage ist Peter Liese dafür, dass die Nutzung von Handys im Unterricht nur gezielt erfolgt, um Medienkompetenzen zu stärken.

Hier finden Sie die gesamte Sendung 👉 <https://bit.ly/3XBRnzG>



Interview: AfD, Klimapolitik und Migration

Nach den Wahlen in Thüringen und Sachsen begrüße ich sehr, dass unsere Freunde dort die Brandmauer zur AfD aufrechterhalten. Die Rechtsextremen schaden unserem Land. Das sieht man z. B. daran, dass ein ausländischer Arzt, der eine Stelle in Jena antreten wollte, nach der Wahl abgesagt hat. Zugleich gilt: Die Verantwortlichen in Deutschland und in der EU müssen Probleme, die aus der Mitte der Gesellschaft artikuliert werden, anpacken. Wir müssen politisch und religiös Verfolgte stärker von Menschen unterscheiden, die aus guten Gründen nach Deutschland kommen wollen, aber eben kein Recht dazu haben. Insbesondere müssen wir die Migration in die sozialen Sicherungssysteme stoppen.

Aus meiner Sicht genauso wichtig: Unsere Ziele z.B. beim Umwelt- und Gesundheitsschutz sollten wir beibehalten, aber der Weg sollte viel weniger bürokratisch sein. Zu all diesen Themen konnte ich ein Interview in englischer Sprache bei Brussels Signal geben.



Das Interview finden Sie hier: <https://bit.ly/3Zed2PJ>



Interview: Covid-19 - neue Studie vergleicht Übersterblichkeit in Europa



„Völlig zurecht wird zurzeit sehr viel darüber diskutiert, dass die Einschränkungen für Kinder und Jugendliche während der Coronapandemie unverhältnismäßig hoch waren. Zu wenig wird aber darüber diskutiert, dass andere Länder es besser gemacht haben und dass dort Erwachsene einen größeren Beitrag zur Rettung von Menschenleben während der Pandemie geleistet haben. Beide Seiten dieser Medaille müssen ins öffentliche Bewusstsein. Z.B. hat Irland die Schulen die ganze Zeit geöffnet gehalten, aber für Abstand gesorgt, indem sie größere Räume angemietet haben. Gleichzeitig gab es für alle Erwachsenen eine Pflicht zum Home Office. Ich bin dankbar, dass ich auf diese Zusammenhänge im ARD Europamagazin hinweisen konnte“, erläutert Peter Liese.

Bei Minute 10:48 finden Sie sein Interview in der ARD Mediathek:

<https://www.ardmediathek.de/.../Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRl...>



120 Jahre Josefsheim in Bigge

„Schon als kleiner Junge war ich beeindruckt von der Arbeit, die im Josefsheim in Bigge für Menschen mit Behinderung geleistet wurde. Als Medizinstudent konnte ich dort ein Praktikum machen. Jetzt wurde unter Anwesenheit von Friedrich Merz und Karl-Josef Laumann und Erzbischof Dr. Udo Markus Bentz das 120-jährige Jubiläum gefeiert. Es war ein ganz toll gestalteter Gottesdienst. Die Menschen mit Behinderung haben unter anderem großartig zur musikalischen Gestaltung des Gottesdiensts beigetragen“, freute sich Peter Liese.



© Joëlle von Hagen, Josefs-Gesellschaft gAG



Südwestfalen Forum in Bad Sassendorf

Seit vielen Jahren arbeiten die fünf Kreise in Südwestfalen mit der Unterstützung der Südwestfalenagentur zusammen. Das diesjährige Südwestfalen Forum fand im schönen Bad Sassendorf statt. Für Peter Liese ist dabei besonders wichtig, dass die Mittel aus dem Europäischen Regionalfonds EFRE ein wichtiger Teil bei der Finanzierung der Regional 2025 sind. „Gemeinsam können wir stolz sein, dass sogar noch mehr EU-Mittel in die Region fließen als bei der letzten Regionale 2013“, freute sich Peter Liese.



Besuch bei der Reha-Klinik Quellenhof in Bad Sassendorf



Älteren Menschen helfen, wieder auf die Beine zu kommen und ihr Leben wieder selbstständig zu führen - das ist das Ziel der Reha-Klinik Quellenhof in Bad Sassendorf. Bei einem Besuch bedankte sich Peter Liese bei allen, die sich hier engagieren.

Deutscher Verpackungspreis für innovative Verpackungen

Einen Preis nach dem anderen gewinnt die Firma Muhr & Söhne für innovative Verpackungen. In Attendorn im Sauerland durfte Peter Liese bei der Preisverleihung des Deutschen Verpackungspreises dabei sein, den die Firma für ihre Kartusche aus Weißblech in der Kategorie Nachhaltigkeit gewonnen hat. „Südwestfalen ist und bleibt die Wiege vieler deutscher Innovationen in Produktion, Umwelt- und Klimaschutz. Herzlichen Glückwunsch zum Preisgewinn!“, so Peter Liese.





Veranstaltungsort:
Infozentrum Kump Hallenberg
(Petrusstraße 2, 59969 Hallenberg)

**30. Oktober 2024****18:30 Uhr****Anmeldung unter:**
info@cdu-hallenberg.de

➔ **Einladung zur Diskussion**

Raus aus der Wirtschafts- und Klimakrise mit moderner Technik - Wasserstoff als Schlüssel

14.10.2024

Sehr geehrte Damen und Herren!

unsere Wirtschaft befindet sich in einer schwerwiegenden Krise. Die Menschen sorgen sich zurecht um ihren Arbeitsplatz und ihren Wohlstand. Sicherlich vor allem eine Folge der chaotischen Politik der Ampel. Die Klimakrise verschwindet allerdings nicht, weil wir eine Wirtschaftskrise haben. Direkt vor unserer Haustür sterben unsere Wälder und Naturkatastrophen werden immer häufiger.

In NRW sind viele Unternehmen bereits auf dem Weg zur Klimaneutralität. Für alle diese Anwendungen ist Wasserstoff eine Schlüsseltechnologie. So baut z.B. die Firma SMS aus Hilchenbach das erste klimaneutrale Stahlwerk in Schweden und ist der Technologieführer beim Umbau des größten Stahlwerks Europas hin zur Klimaneutralität.

Wirtschaftswachstum und Klimaschutz sind also kein Widerspruch, wenn man es richtig macht. Dafür brauchen wir aber Gesetze zur Verfahrensbeschleunigung und Entbürokratisierung.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme, die auch digital möglich ist!

Peter Liese
Europaabgeordneter

Joachim Huft
2. CDU-Stadtverbandsvorsitzender

**Dr. Tim Ochel**

Leiter der Abteilung Grüner Stahl
bei SMS Hilchenbach/Düsseldorf

**Jorgo Chatzimarkakis**

Geschäftsführer von Wasserstoff
Europa Brüssel

**Dr. Peter Liese**

Umweltpolitischer
Sprecher der EVP-Fraktion

Gerne können Sie digital an der Veranstaltung teilnehmen. Hier die Zugangsdaten:

<https://us06web.zoom.us/j/87660027692>